



HESSISCHER LANDTAG

24. 10. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

„Kommunistische Schandmauer“ — Vor 35 Jahren wurde Deutschland zum zweiten Mal von einer sozialistischen Diktatur befreit

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag hält in der Plenarsitzung, die auf den Tag des Mauerfalls folgt, eine Schweigeminute zum Gedenken an die (Todes-)Opfer an der innerdeutschen Grenze durch den sog. „Schießbefehl“ sowie an die (Todes-)Opfer in der DDR durch Willkür der Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit, kurz Stasi, ab.
2. Der Landtag distanziert sich von jeglicher Form des Sozialismus. Besonderer Wert soll hierbei daraufgelegt werden, dass jegliche Form des Sozialismus das Potential für menschenrechtsverletzendes und menschenverachtendes Unrecht in sich birgt.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die DDR als „Unrechtsstaat“ einzustufen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass die DDR durch die Bundesregierung als „Unrechtsstaat“ eingestuft wird.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass die DDR- und Kommunismusforschung auf Bundesebene wieder verstärkt gefördert wird und ab 2025 wieder erhöhte finanzielle Fördermittel bereitgestellt werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemäß der forsa-Umfrage „Wissen der hessischen Bevölkerung über die DDR-Geschichte und die SED-Diktatur“ eine umfassende Aufarbeitung und Aufklärung über die DDR auszuarbeiten und der breiten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemäß der forsa-Umfrage „Wissen der hessischen Bevölkerung über die DDR-Geschichte und die SED-Diktatur“ am Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen möglichst viele der gewünschten Angebote umzusetzen, beispielhaft seien hier Dauerausstellungen und Zeitzeugengespräche genannt.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen verpflichtenden Besuch des Lern- und Erinnerungsortes Notaufnahmelager Gießen in die entsprechenden Rahmenlehrpläne der verschiedenen Schulformen der Jahrgangsstufe 9 aufzunehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Oktober 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe